

Erinnerungspolitik auf dem Holzweg. Zu den Empfehlungen der Expertenkommission für eine künftige „Aufarbeitung der SED-Diktatur“

Am 15. Mai 2006 hat die Expertenkommission zur Schaffung eines Geschichtsverbundes „Aufarbeitung der SED-Diktatur“, die noch zu Zeiten der rot-grünen Bundesregierung eingesetzt worden war, Empfehlungen vorgelegt, die beim derzeitigen Kulturstaatsminister im Bundeskanzleramt auf entschiedene Einwände gestoßen sind. Martin Sabrow, Leiter der Kommission und Direktor des Potsdamer Zentrums für Zeithistorische Forschung (ZZF), hat daraufhin am 17. Mai in einem Interview mit der Tageszeitung „Die Welt“ erklärt: „Unsere Kommission hat die DDR-Aufarbeitung ja im kleinen abgebildet.“ Dieser Anspruch, auch das wissenschaftliche Meinungsspektrum repräsentativ zu vertreten, trifft jedoch keineswegs zu. Die Auswahl der Kommissionsmitglieder war alles andere als ausgewogen: Die universitäre und außeruniversitäre zeithistorische DDR-Forschung war lediglich durch zwei Historiker, neben Sabrow Klaus-Dietmar Henke von der TU Dresden, vertreten. Auch auf der Liste der angehörten Sachverständigen fehlen weitere DDR-Historiker völlig. Auf einer im Deutschen Bundestag veranstalteten Anhörung zu den Kommissionsempfehlungen, die am 6. Juni stattgefunden hat, ist denn auch die einseitige Besetzung der Kommission deutlich kritisiert worden. Wer es immer noch nicht glauben wollte, sah sich daraufhin durch Henke in einer selbstbewusst gemeinten Replik endgültig aufgeklärt: Auch „monochrome“, also parteipolitisch einfarbige Kommissionen könnten, so Henke, ja „gute Arbeit“ leisten.

Um die Güte dieser Arbeit geht es im folgenden. Ein Schwerpunkt der „Empfehlungen“ liegt auf der Präsentation von DDR-Geschichte in Museen und Gedenkstätten. Nun gibt es bereits das Deutsche Historische Museum und spezieller das Zeitgeschichtliche Forum Leipzig, das Diktatur und Gesellschaft des SED-Staates präsentiert. Gleichwohl reichen der Kommission solche professionell arbeitenden Museen nicht aus: Entgegen dem Auftrag, möglichst kostensparend zu arbeiten, wird unter dem anmaßenden Schlagwort „Professionalisierung“ eine weitere Ausstellung „zum Alltag in der durchherrschten Gesellschaft“ in Berlin geplant. Damit im Zusammenhang steht die überzogene Kritik an der Arbeit der DDR-Gedenkstätten. In der bisherigen „Gedenklandschaft“ blieben „Alltag und Widerstand einer diktaturunterworfenen Bevölkerung weitgehend ausgeblendet“. Beklagt wird eine vermeintliche „Vorrangstellung der öffentlichen Dokumentation staatlicher Repression“. Ein wesentliches Manko dieser Stellungnahme ist die unsaubere Vermischung der Aufgaben von Museen und Gedenkstätten. (Auf der Anhörung vom 6. Juni legte auch Bernd Faulenbach den Finger in diese Wunde, indem er darauf verwies, daß im Papier nicht immer klar sei, über welchen Gegenstand konkret gerade geredet werde.) Eine ausgewogene Darstellung von Repression, „Widerstand und Anpassung“ sowie „Alltag in der Diktatur“ gehört zweifellos ins Museum. Am spezifischen Auftrag von Gedenkstätten geht eine solche Forderung hingegen völlig vorbei. Gedenkstätten sind Orte, an denen der Repressionsaspekt einer Diktatur vorherrschen muß und soll

– zuallererst stehen dort die Opfer des Regimes mit ihren Lebens- und Leidensgeschichten im Mittelpunkt, zugleich sind Täter und Repressionsapparate zu betrachten. Aus gutem Grunde ist noch nie an eine KZ-Gedenkstätte die Zumutung herangetragen worden, eine „ausgewogene“ Darstellung aller Aspekte der NS-Diktatur zu präsentieren.

Ein weiterer Schwachpunkt des Kommissionspapiers: Dessen Themenbereiche „Herrschaft-Gesellschaft-Widerstand“, „Überwachung und Verfolgung“, „Teilung und Grenze“ stehen alles andere als gleichberechtigt nebeneinander, die letzten beiden drohen randständig zu werden. Die Schaffung des Schwerpunkts „Überwachung und Verfolgung“ erscheint vor allem als elegante Möglichkeit, die Reste der BStU¹, die nach Abgabe der MfS²-Akten an das Bundesarchiv ihre Daseinsberechtigung zu verlieren droht, dauerhaft unterzubringen. Sabrow adelt zwar in einem Interview die Birtthler-Behörde zum „Symbol der friedlichen Revolution [...], das für die Zukunft bewahrt bleiben muß“. Doch für das avisierte Dokumentations- und Forschungszentrum wird „eine Perspektivenerweiterung“ empfohlen, welche die Rest-BStU geradezu entkernt: Es soll sich künftig weniger mit der DDR und ihrer Staatssicherheit als mit „Geheimpolizeien und geheimpolizeilicher Repression in den sozialistischen Diktaturen des 20. Jahrhunderts in vergleichender Perspektive“ beschäftigen. Doch welchen Sinn könnte es haben, Mielkes Staatssicherheit mit Ceausescus Securitate oder den Priester Mördern im polnischen Geheimdienst zu vergleichen, statt die vielfältigen Formen von Repression und Kontrolle innerhalb der DDR selbst eingehend aufzuarbeiten? Hier besteht die Gefahr, dass nicht mehr das deformierende Eindringen des MfS ins „Leben der anderen“ herausgestellt wird, sondern am Ende des Vergleichs mit anderen Ostblock-Geheimdiensten das Weichbild einer relativ „zivilen Stasi“ entsteht. Wird das deren Opfern wirklich gerecht?

Das dritte Hauptproblem der Empfehlungen: Es wird getrennt, was untrennbar zusammengehört. So treten Repression und DDR-Alltagsgeschichte sektoral auseinander, obwohl sie inhaltlich nicht zu trennen sind. Dies wird deutlich beim favorisierten Themenbereich „Herrschaft-Gesellschaft-Widerstand“. Im geplanten „Forum Aufarbeitung“ will man „die Bindungskräfte“ in den Mittelpunkt stellen, „die nach Schließung der DDR-Grenzen zumindest in den sechziger und siebziger Jahren zur relativen Stabilität der diktatorisch verfassten Gesellschaft beigetragen haben“. Diese isolierte Sicht ist zeithistorisch fragwürdig. Erstens wird der unvermeidliche Repressionshintergrund aller „Bindungskräfte“ durch künstliche Trennung in zwei isolierte Themenfelder verdunkelt. Doch ohne Mauer keine „relative Stabilität“ der DDR. Was sind „Bindungskräfte“ wert, die nur in einem Korsett funktionieren? Zweitens bleibt die enge Wechselwirkung zwischen Repression und „Bindungskräften“ auf der Strecke: Die Sabrow-Kommission läuft Gefahr, Teilaspekte der DDR-Geschichte wie „soziale Aufstiegsmöglichkeiten“ oder „wirtschaftliche Grundsicherung“ kritiklos als positive „Bindungskräfte“ zu

¹ Bundesbeauftragte für die Unterlagen des Staatssicherheitsdienstes der ehemaligen Deutschen Demokratischen Republik.

² Ministerium für Staatssicherheit.

bewerten, ohne gleichzeitig deutlich auszusprechen, dass etwa der soziale Aufstieg der einen nur durch gleichzeitige massive Repressalien gegen andere möglich gewesen ist. (Im übrigen waren soziale Aufstiegsmöglichkeiten sehr viel stärker für die konfliktgeladenen fünfziger Jahre als für die späteren, vermeintlich „stabilen“ Jahrzehnte der DDR-Geschichte charakteristisch.) Wohin die Reise gehen soll, ist klar: Die Kommission setzt den Erfolg positiver „Bindungskräfte“ in der DDR nach dem Mauerbau von 1961 bereits als gegeben voraus, statt ihn erst einmal kritisch zu untersuchen und nach Teilerfolgen oder Misserfolgen zu gewichten. Eine solche Prämisse führt gewollt oder ungewollt in die Nähe bestimmter SED-Nostalgie-Thesen etwa von der erfolgreichen Sozialpolitik unter Honecker, deren Teilerfolge niemand leugnen will, deren totalitäre Rahmenbedingungen, repressive Nebenwirkungen und effektive Grenzen jedoch von der Sabrow-Kommission überhaupt nicht angesprochen werden.

Aufgrund dieser Unausgewogenheiten und Schlagseiten erscheinen die Kommissionsempfehlungen wissenschaftlich keineswegs unumstritten, sondern hochgradig fragwürdig. Das gilt erst recht für ihre Umsetzung in Erinnerungspolitik. Die von Sabrows Forschungsinstitut, dem Potsdamer ZZF, seit längerem gepflegte Klage über eine „drohende ‚Verinselung‘ der DDR-Geschichte“ und das gleichzeitig propagierte Heilmittel der Einbettung der DDR in einen „europäischen und globalen Kontext“ finden sich im Kommissionspapier ungebrems wieder. Das aber bedeutet im Klartext: Die DDR soll nicht länger im Zentrum wissenschaftlicher Forschung und erinnerungspolitischer Aufarbeitung stehen. Nun ist ein internationaler Vergleich als zeithistorischer Forschungsansatz gewiß legitim, solange er ein Ansatz unter mehreren bleibt. Völlig verfehlt ist diese Schwerpunktverlagerung jedoch auf dem Felde öffentlicher Aufarbeitung. Hier muß auch in Zukunft die DDR-Diktatur selbst eindeutig im Mittelpunkt stehen.

Bei der öffentlichen Anhörung zu den Empfehlungen am 6. Juni ging es zunächst vor allem um das Schicksal der BStU. Dass die MfS-Akten auf die Dauer nicht mehr in einer besonderen Behörde, sondern im Bundesarchiv aufbewahrt werden sollten, war im wesentlichen unstrittig. Für den Zeitpunkt des Übergangs wurden indes keine genauen Angaben gemacht; Marianne Birthler plädierte für „Planungssicherheit“, d.h. für eine möglichst späte Abwicklung irgendwann ab 2020. Was dann mit der Abteilung Bildung und Forschung der Birthler-Behörde passieren sollte, wurde in der Diskussion nicht klar. Während die Empfehlungen vorsehen, diese zum Zentrum eines neuen Forschungs- und Dokumentationszentrums zu machen, sprachen Reinhard Rürup und Bernd Faulenbach den ganz neuen Gedanken aus, diese Abteilung auf Dauer dem ZZF anzugliedern, was eine gründliche Verschiebung der Gewichte in der ausdifferenzierten Forschungslandschaft zur SBZ/DDR-Geschichte bedeuten würde.

Daneben standen zwei große inhaltliche Fragen im Mittelpunkt: die Trennung der Aufarbeitung in drei übergeordnete Themenbereiche sowie der Schwerpunkt „Alltag“ in der DDR, wie er in einem neu zu gründenden Museum präsentiert werden soll. Von fast allen Seiten wurde erklärt, dass eine getrennte Betrachtung von „Herrschaft-Gesellschaft-Widerstand“, „Überwachung und Verfolgung“ sowie „Teilung und Grenze“ problematisch sei; eine Aufteilung in die genannten Kom-

plexe dürfe nicht zu einer „Segmentierung“ führen, mahnte etwa Bernd Faulenbach. Grundsätzliche Kritik an den Empfehlungen der Sabrow-Kommission übten insbesondere Horst Möller, Direktor des Instituts für Zeitgeschichte München-Berlin, sowie der Berliner DDR-Forscher Manfred Wilke. Möller wertete das Drei-Säulen-Modell der Kommission in doppelter Hinsicht als ungeeignet: Zum einen decke es keineswegs alle wichtigen Inhalte ab, denn Terrorherrschaft, Klassenjustiz, weltpolitische Einwirkungen, aber auch die millionenfache Massenflucht aus der DDR würden im Papier gar nicht erwähnt. Zum anderen seien die Inhalte der drei Säulen gar nicht zu trennen, wenn man nicht den Bedingungs Zusammenhang der Diktatur aus den Augen verlieren wolle. Mit Blick auf die positiven „Bindungskräfte“ der vermeintlich stabilisierten DDR um 1970 erklärte Möller dezidiert, man dürfe keine „Verinselung“ einzelner Teilsektoren der Diktatur vornehmen, wenn man nicht zu gravierenden Fehleinschätzungen kommen wolle: „Der Staatssicherheitsdienst war charakteristischer für die DDR als die Kinderkrippen.“

Noch größeren Raum nahm die Debatte über den „Alltag“ in der DDR ein. Selbst Sachverständige, die das Papier der Sabrow-Kommission insgesamt positiv würdigten, äußerten bemerkenswerte Kritik. Der Berliner Historiker Reinhard Rürup monierte, daß die Ergebnisse der aufwendigen Bundestags-Enquetekommission zur Aufarbeitung der SED-Diktatur von der Sabrow-Kommission nicht ernsthaft einbezogen worden seien. Obwohl er den Vorwurf des Weichspülens der SED-Diktatur für verfehlt hielt, sah er dem DDR-Alltag in den Kommissions-Empfehlungen zuviel Gewicht gegeben. Noch deutlicher erklärte Bernd Faulenbach, wer den Alltag in der DDR betrachten wolle, müsse immer auch Repression, Grenzregime und den deutsch-deutschen Wirkzusammenhang im Blick behalten. Eindringlich forderten Vertreter der SED-Opferverbände, der Alltag in der Diktatur solle zwar durchaus behandelt werden, er dürfe jedoch nicht im Zentrum der Präsentation stehen und vor allem nicht als „Trivialität einer Nischengesellschaft“ präsentiert werden.

Im Laufe der Anhörung wurde immer deutlicher: Unter „Alltag“ verstanden zahlreiche Beteiligte etwas ganz anderes, als im Papier der Expertenkommission angesprochen war. In den Empfehlungen steht die Chiffre „Alltag“ ausdrücklich im Zusammenhang mit den stabilisierenden „Bindungskräften“, die das System entfaltet habe, sowie mit der „Wechselbeziehung von Herrschaft und Gesellschaft zwischen Akzeptanz und Auflehnung, Begeisterung und Verachtung, misstrauischer Loyalität und Nischenglück“. Namentlich die beiden früheren DDR-Theologen Richard Schröder und Joachim Gauck brachten jedoch während der Anhörung das Kunststück fertig, diesen Alltagsbegriff der Kommission völlig umzudeuten und dennoch als legitimes Kind der Kommission auszugeben. Richard Schröder, der sich dafür stark machte, die „Grautöne“ im Verhalten der DDR-Bürger zwischen Anpassung und Widerstand stärker zur Geltung zu bringen, wollte den Mangel an Rechtsstaatlichkeit, die fehlende Einhaltung der Menschenrechte und das Demokratiedefizit im Alltag hervorgehoben sehen. Noch eindringlicher beschrieb Joachim Gauck die alltäglichen repressiven Strukturen in der DDR-Gesellschaft, ja, er sprach sogar vom „Angst-Anpassungssyndrom des Alltags“.

DDR-Alltag hieß bei Gauck, daß man beispielsweise das Erziehungssystem der DDR daraufhin betrachten müsse, wie es von Kindesbeinen an das „Einüben von Gehorsam“ praktiziert habe. Das klang überaus plausibel, und seither feierten alle Redner das unerwartete Wunder der „Versachlichung der Debatte“. Die Anhörung, so der spürbar erleichterte Martin Sabrow in seinem Schlußwort, habe deutlich gezeigt, daß die von ihm geleitete Expertenkommission keineswegs eine „Verniedlichung der Diktatur“ habe propagieren wollen.

Mag sein, daß man dies nicht wollte. Nur kommt im Text der Empfehlungen der Sabrow-Kommission das von Gauck angeführte Beispiel des DDR-Erziehungssystems ganz anders vor als in der Anhörung – nicht im allseits akzeptierten Sinne Gaucks als repressive Institution zur „Einübung von Gehorsam“, sondern ganz im Gegenteil als ein stabilisierende „Bindungskraft“ erzeugender Motor für „soziale Aufstiegsmobilität“. Nun hat es diese Aufstiegsmobilität zweifellos gegeben – doch im Papier der Sabrow-Kommission findet sich kein Wort über deren Schattenseiten: kein Wort über die Anpassungszwänge für die Aufstiegswilligen, kein Wort über die „bürgerlichen“ Opfer dieser „Bindungskraft“ durch massenhafte Studien- und Berufsverbote, kein Wort zur millionenfachen „Republikflucht“ von DDR-Bürgern als Voraussetzung für jene freien Stellen, deren Neubesetzung die „Bindungskraft“ des Regimes erst ermöglichte. Horst Möllers Befürchtung erwies sich somit rascher als gerechtfertigt, als man erwarten konnte: Im Kommissionspapier stand bildlich gesprochen die Kinderkrippe ganz ohne Stasi da, aber dank Schröder und Gauck stand etwas ganz anderes im Anhörungs-Raum, und plötzlich konnte behauptet werden, der enge Zusammenhang zwischen Alltag und Repression, den habe das Kommissions-Papier doch immer schon gemeint ...

Da nicht nur Kommissionschef Sabrow an einem möglichst breiten Konsens aller Beteiligten interessiert war, wurden solche Interpretationsunterschiede nicht weiter thematisiert. Für ein neues Museum für DDR-Geschichte in Berlin, das Sabrow am Ende der Diskussion forderte, kommt es jedoch entscheidend auf eine Präzisierung dieses Alltagsbegriffs an. Wenn man ihn, wie bei der Anhörung geschehen, in seiner Vieldeutigkeit stehen läßt, bietet er keine tragfähige Grundlage für eine angemessene museale Darstellung der SED-Diktatur.

Würde der Alltagsbegriff der Sabrow-Kommission auf der Anhörung eher verschleiert als geklärt, so ging das Drei-Säulen-Modell nicht ohne Schrammen aus der Diskussion hervor. Martin Sabrow mußte resümierend einräumen, dieses Modell sei „durchaus unterschiedlich bewertet“ worden. Aber, so hatte er schon eingangs getröstet, das Papier der von ihm geleiteten Expertenkommission sei ja ohnehin „nur ein Baustein, nicht schon der Schlußstein“ eines neuen Aufarbeitungskonzepts. Das hatten sich die Kommissionsmitglieder gewiß einmal anders gedacht, doch der neue Staatsminister für Kultur hatte anläßlich der offiziellen Übergabe der Kommissionsempfehlungen vor einigen Wochen eben diese Relativierung nahezu wortgleich ausgesprochen. Was das Papier der Sabrow-Kommission wirklich noch wert ist, wird man daher erst einschätzen können, wenn die Schlußfolgerungen der Bundesregierung in einigen Monaten der Öffentlichkeit vorgelegt werden.

Michael Schwartz und Hermann Wentker